

# Unabhängige Bauernzeitung

Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

62. Jahrgang / Heft 140 • www.ubv.at • Juni 2022



*Ein Pfund Mut ist mehr wert als eine Tonne Glück*

*James A. Garfield*

## Preisdruck steigt



Die Betriebsausgaben wie z.B. die SV-Beiträge, Strom, Dünger oder Diesel steigen kräftig, die Erzeugerpreise dagegen nur schleppend. Während in Deutschland die Rinderpreise im Mai schon bei 6 Euro lagen, funktioniert der freie Markt in Österreich offensichtlich nur bei den Betriebsmittelausgaben. Bei Auflagen und Kontrollen liegen wir im

Spitzenfeld. Während die Profiteure dieses Systems gut an den Bauern verdienen und sich noch über Entlastungsmaßnahmen freuen können, fallen wir Bauern fast überall durch. Bei einem bäuerlichen Stundenlohn von 5 Euro gibt es keinen Kinderbonus von 2.000 Euro – den erhalten nur Gutverdiener. Daher brauchen auch Bauern dringend einen Inflationsausgleich, höhere Preise und spürbare Entlastungsmaßnahmen. Der UBV hat dazu mehrere Vorschläge in der LWK eingebracht. Die meisten wurden von der Mehrheit der Kammerräte abgelehnt. Es wird Zeit, dass die zuständigen Regierungsmitglieder im Bund und Land handeln. Nur sich fotografieren zu lassen, sichert sicher nicht unsere bäuerliche Zukunft.

*KR ÖR Karl Keplinger, Bundesobmann UBV*

## Obmann UBV-NÖ Hochwallner feiert runden Geburtstag

Tolles Wetter, beste Verpflegung und ein wunderbares Ambiente waren die Zutaten zu einem bemerkenswerten Fest am Betrieb von Herbert Hochwallner, der zu seinem 60iger, den er im März begangen hatte, einlud. Mehr als 500 Gäste folgten der Einladung und machten sich ein Bild von seinem Lebenswerk. Dem UBV-Obmann aus NÖ erwiesen auch die UBV-Vertreter aus den Bundesländern die Ehre. Als Geburtstagsgeschenk gab es eine Uhr mit eingraviertem UBV-Wappen.



*Herbert Hochwallner mit einem Teil der UBV Gäste von links: LKR Mag. Gerhard Mariacher (STMK), NÖ UBV Urgestein Erich Zahnt, Alois Klammer (UBV Tirol, Kassier), Bundesobmann LKR ÖKR Karl Keplinger (OÖ), der Jubilar Herbert Hochwallner, LKR ÖKR Johann Großpöttl, Bundesorganisationsreferent & Kassier – (OÖ) mit Gattin Margit Großpöttl, BO- & LO Stellvertreter Johann Herbst (STMK)*

## Der UBV wird 70

Seit 70 Jahren setzt sich der UBV als einzige bäuerliche politische, aber parteipolitisch unabhängige Interessensvertretung für die Interessen der Bauern und der ländlichen Bevölkerung ein. Das gilt es zu feiern!

**Jubiläumsfeier 70 Jahre UBV, Sonntag, 31. Juli 2022**

**Gastredner: Günther Fleßner, Vizepräsident des Bayerischen Bauernverbandes**

Weitere Details werden in der schriftlichen Einladung bekannt gegeben, die jeder Landesvorstand in Kürze auf dem Postweg erhalten wird. Interessierte mögen sich bitte mit dem jeweiligen Landesvorstand in Verbindung setzen.

*Der Bundesvorstand*

# Wer macht denn eigentlich die Agrarpolitik?

Es gibt kaum einen Bericht zur Land- und Forstwirtschaft, der nicht von NGOs wie Greenpeace, Global 2000 oder dem VGT kommentiert wird. Da fragt man sich: Wer macht eigentlich die Agrarpolitik in Österreich und in der EU?

Bei einer Marketingtagung der AMA Marketing wurde anhand eines Charts festgehalten, dass man im Zusammenhang mit den Kriterien für die Produktion von Lebensmitteln die Vertreter der NGOs und des Lebensmittelhandels mit am Tisch hat. Es ist also nicht mehr die Bauernvertretung, sondern es sind dutzende andere Firmen, Institutionen oder die NGOs, die vorgeben wollen, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat. Jetzt spricht grundsätzlich nichts dagegen, dass sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen bei Fragen zur Lebensmittelproduktion und zur Gestaltung des Landes (Ländlicher Raum) einen Beitrag einbringen wollen. Es kann und wird aber nicht funktionieren, dass Externe, die meinen, ein Studium an der BOKU gäbe ihnen die notwendige Kompetenz zu definieren, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat, die Vorgaben machen und für die Bauern gilt: Friss Vogel (Bauer) oder stirb. Doch wie stark bzw. eher schwach ist denn die Bauernvertretung in Österreich, wenn ein neuer Bauernbund

Agrarminister, der sein Leben lang als Beamter im geschützten Bereich zugebracht hat, er müsse sich einmal ein Bild über die Situation der Bauern machen?

Die konkrete Frage an den Herrn Mag. Totschnig lautet: Was hat er als Bauernbunddirektor in den letzten 5 Jahren konkret getan, dass er nicht weiß, wie schlecht es den Bauern geht? Es ist ein großer Widerspruch zur Behauptung des Bauernbundes, er würde die Richtung für die Bauern vorgeben. Mitnichten!

## Bauernbund-Präsident verkauft Almosen für Bauern als Erfolg

BB Präsident Georg Strasser ist genauso von der Rolle, wie der neue Agrarminister. Der erstaunten Öffentlichkeit wurden kürzlich wieder einmal Millionen für die Bauern präsentiert. Rund 110 Millionen groß sei das „Entlastungspaket gegen die Teuerung“. Das sind bei rund 130.000 Betrieben je Betrieb knapp 850 Euro. Bauernbund Agrarpolitik in der Praxis Wäh-

rend die Kosten bei der Produktion sich verdoppelt bis verdreifacht haben, verhöhnen die Herrschaften vom Bauernbund die Bauern und speisen sie mit Alibi-Beihilfen ab.

## Dazu ein aktuelles Beispiel:

**Ackerbau und Grünland:** Wir vom UBV gehen davon aus, dass der Aufwand im Grünland und Ackerland in ähnlicher Höhe liegt und kalkulieren mit 140 Liter/Hektar und Jahr = Preis 2021 rund 154 Euro! 2022 – Verdoppelung = 308 Euro! Bei 30 Hektar sind die Mehrkosten also bei 4.620 Euro. Das vom Bauernbund als sensationelle Entlastung für die Bauern verkaufte Programm bedeutet je nach Kultur eine Entlastung zwischen 16 und 82 Euro je Hektar. Beim Grünland sind es bei mehrfacher Nutzung (Schnitte) zwischen 38 und 54 Euro, im Ackerbau zwischen 29 und 52 Euro. Das Entlastungspaket in Millionenhöhe für die Bauern deckt also ca. 30 % der Mehrkosten je Hektar am Beispiel Diesel.

## Hofer-Werbespot stößt auf

Der UBV fordert die sofortige Absetzung des Werbeserie „Der Ursprungsbauer der Handelskette Hofer. Hier werden österreichische Bauern generell als Tierkiller verunglimpft und Unwahrheiten verbreitet.

Der UBV verlangt eine Entschuldigung und Richtigstellung und erwartet von den Handelsketten Respekt und Wertschätzung dem bäuerlichen Beruf gegenüber.



*Zu viele Köche verderben den Brei. Bei den Spielregeln für die Bauern reden zu viele mit, die nur ihre Interessen vertreten. Die Bauern gehen ökonomisch vor die Hunde - Bauernexistenzen werden dadurch vernichtet.*

Nicht dargestellt sind die dramatischen Entwicklungen bei den Düngerkosten (Vervierfachung bis Verfünffachung zum Anbau 2022) oder die enorm gestiegenen Futtermittelkosten. Ganz zu schweigen von der automatischen Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge (steigen gesetzlich an die Inflation angepasst). Oder die generell fehlende Inflationsabgeltung. Den Bauern fehlen so bis 70 % zu den Preisen von vor dem EU-Beitritt (auch bei den öffentlichen Agrargeldern).

### Daher braucht es komplett neue Wege in der Agrarpolitik – konkret:

- 1) Eine echte Leistungsabgeltung für alle erbrachten Leistungen der Bauern
- 2) Leistungsabgeltung für die Bereitstellung von Kulturland/je ha
- 3) Leistungsabgeltung für die Speicherung von CO<sub>2</sub> und die Erzeugung von Sauerstoff/je ha
- 4) Echte Spielregeln – maximal 100 % Preisaufschlag für den Lebensmittelhandel (LEH) auf den Einkaufspreis sowie eine echte Lebensmittelkontrolle beim Handel von Lebensmittel – der freie Warenverkehr öffnete dem Betrug Tür und Tor
- 5) Verbot des Imports sowie der Listung in den Regalen des LEH von Lebensmitteln, welche nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben wie hier
- 6) Sofortige Abgeltung der Inflation – seit dem EU-Beitritt fehlen knapp 70 % bei den Erzeugerpreisen und bei den öffentlichen Geldern

### Wer spielt wie im agrarpolitischen Orchester?

#### Politische Parteien

##### FPÖ



Die FPÖ entdeckt immer wieder kurz vor Wahlen auch die Bauern als Wähler. Konkrete Programme oder Inhalte für eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Bauern findet man leider nicht. Es bleibt bei Absichtserklärungen.

##### NEOS



Die Neos denken neoliberal. Bei Wirtschaftsfragen stehen sie für liberale Rahmenbedingungen. Der Markt soll entscheiden, was passiert. Die NEOS sind z.B. für MERCOSUR oder CETA, also jene internationalen Handelsabkommen, wo die Bauern schlechteste Karten haben. Die Bauern sind für sie keine wichtige Wählergruppe.

##### DIE VOLKSPARTEI



Lange gelang es der VP, sich als Schutzpatron für die Bauern darzustellen. Das ist aber lange vorbei. Der Bauernbund verwaltet sich nur mehr selbst und die Funktionärsfunktionen. Seit 1986 stellt man den Agrarminister. Der Bauernstand wurde halbiert. Neues Denken oder neue Wege lehnt man ab, die Bauern sind nur mehr Mittel zum Zweck!

##### SPÖ



Die SPÖ, einst die Partei des kleinen Mannes, gehört heute zu jenen Parteien, die in Europa das aktuelle Denken des Neo-Liberalismus maßgeblich mit beeinflussen. Der „kleine Mann“, die Arbeiter, Arbeitnehmer sind nicht mehr im Fokus. Den Bauern ging es in der SPÖ-Alleinregierung besser als später unter den ÖVP-Agrarministern.

##### Die GRÜNEN



Für die Grünen sind Bauern vielfach ein Feindbild. Sie seien Umweltsünder bei der Verwendung von Pflanzenschutz sowie Tierquälerei bei der Tierhaltung. Es sollte nur mehr Bio-betriebe geben, am besten ohne Tierhaltung. Das Ziel: eine fleischlose Ernährung. Die Bewirtschaftung des Waldes soll reduziert werden, was praktisch eine Enteignung bedeuten würde.

#### Lobbying Einrichtungen

##### Wirtschaftskammer



Die Wirtschaftskammer schafft in den meisten zentralen Fragen rund um den Handel an. Das trifft auch im vol-

len Umfang auf den Handel mit Agrargütern zu. Sie will volle Kontrolle bei den Regeln und gleichzeitig die völlige Liberalisierung. Jedes internationale Handelsabkommen wird begrüßt, doch deren Spielregeln sind immer gegen die Interessen der Bauern gerichtet. Die WKO hat ein Vermögen von rund 1 Milliarde Euro an Reserven.

##### Arbeiterkammer



Die Arbeiterkammer sieht als ihre zentrale Aufgabe, den Bürgern billige Lebensmittel zu organisieren. Daher versucht man jede Verteuerung von Lebensmittel abzuwenden. Geht das dann doch nicht, wird beim politischen Bazar um Gelder gerungen, wo Arbeiter oder Angestellte Nutznießer sind. Die Arbeiterkammer hat ein Vermögen von 400 bis 500 Mio. Euro als Reserve.

##### ÖGB



Auch der ÖGB ist als Teil der Sozialpartnerschaft mit ein Faktor, der bei den Preisen für Lebensmittel mitwirken und mit Einfluss nehmen will. Nachdem der ÖGB zwar grundsätzlich überparteilich sein sollte, praktisch aber SPÖ dominiert ist, trifft man Entscheidungen auch aus der Sicht der SPÖ. Und diese sieht die Bauern als ein ÖVP-Thema, obwohl tausende Bauern von dieser enttäuscht sind. ÖGB wie AK wollen billigste Lebensmittel.

##### Industriellenvereinigung



Diese PR und Lobbying Abteilung für die Konzerne ist bei (internationalen) Handelsabschlüssen vor allem interessiert, ihre Produkte zu verkaufen. Die Bauern mag man nur, um billigst Rohstoffe zu beziehen. Egal ob für die Verarbeitung von Lebensmitteln oder am Beispiel Rohstoff Holz. Viele internationale Handelsverträge seit 1995 gehen auf Kosten der Landwirtschaft, denn für den Export von Industriegütern werden agrarische Güter und Lebensmittel importiert. Damit zahlen

die Bauern die Gewinne von Industriellen.

### Landwirtschaftskammer Österreich



Die LKÖ ist leider ein Winzling unter den Interessensvertretungen. Die Politik wird im Agrarministerium gemacht. Nachdem die LKÖ auch finanziell auf äußerst schwachen Beinen steht, wird sie nicht sehr ernst genommen. Wie gering der Stellenwert der LKÖ ist, beweist auch der Umstand, dass heute bei Fachfragen zu Land- und Forstwirtschaft von den Medien vor allem NGOs als Fachexperten um Stellungnahmen gebeten werden. Das ist eine Bankrotterklärung der Bauernvertretung.

### Greenpeace



Greenpeace wurde 1971 in Kanada gegründet mit dem Ziel, Atomkraft und den Walfang zu stoppen. Heute sind Natur-, Umwelt- und Klimaschutz zentrale Themen. Immer stärker will Greenpeace Einfluss auf die Land- und Forstwirtschaft nehmen. Weil die Bauernvertretung diese Entwicklung nie ernst genommen hat, schaffen die Aktivisten heute oft bei zentralen Themen für die Bauern an. Ob das die Bauern überleben, interessiert nicht wirklich.



### Global 2000

Diese österreichische Umweltorganisation wurde 1982 in Wien gegründet. Die Organisation erhebt den Anspruch, unabhängig und kritisch für eine grüne, nachhaltige und gesunde Umwelt zu arbeiten. So wie Greenpeace sind sie aber eine Art aktionistischer Arm der Grünen. Die aktuelle Umweltministerin Gewessler war vorher Geschäftsführerin von Global 2000. Auch Global 2000 wirkt intensiv in die Gestaltung der Agrarpolitik ein. Auch hier gilt: Die Bauernvertretung verschläft diese Entwicklung.

### VGT



Der Verein gegen Tierfabriken wurde 1992 gegründet. Massiv bis hin zu rechtswidrigen Handlungen wie Einbrüchen in Stallungen agiert man in Fragen der Tierhaltung. Vorgeschieben ist die Vermeidung gegen Tierleid. Das lehnt jeder gute, rechtschaffene Bauern genauso ab. Dahinter schwingt aber auch der Ansatz für eine fleischlose Ernährung. Das ist grundsätzlich jedermanns persönliche Entscheidung. Unser Kulturland ist bei einer fleischlosen Ernährung Geschichte.



### WWF

Der WWF ist eine Stiftung nach Schweizer Recht. Sie wurde 1961 gegründet und ist eine der größten internationalen Natur- und Umweltschutzorganisationen. Die Mission lautet: Man wolle die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben. Das ist im Grunde auch das Ziel der Land- und Forstwirte. Der Unterschied: wie bei allen anderen NGOs leben diese von üppigen Spenden, während die Bauern mit der Bewirtschaftung des Landes ihr Einkommen erwirtschaften müssen.

## UBV für leistbares Tierwohl

Gesellschaft und Handel verlangen immer vehementer noch mehr Tierwohl. Die höheren Produktionskosten werden aber nicht über den Preis abgegolten. Der Unabhängige Bauernverband (UBV) fordert von der O.Ö. Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger (ÖVP) eine Tierwohl-Prämie nach dem Vorbild Bayerns bis zu 500 Euro pro Hektar/GVE und Jahr. Von den O.Ö. Landwirtschaftskammerräten

des Bauernbundes, der FPÖ und den Grünen wurde der Antrag abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die Angleichung der Investitionsprämie für Rinder-Tierwohlställe an die Fördersatzes im Geflügel- und Schweinebereich. Die Begründung von Bauernbundobfrau LR Langer-Weninger, der Konsument müsse mehr bezahlen, bleibt ein Wunschdenken. Der Vorwand, im ÖPUL werde das abgegolten, ist eine Ausrede, denn ein Antrag auf Erhöhung der Strohprämie wurde von ihr

und den BB-Kammerräten ebenso abgelehnt. Auf Grund der letzten Beschlüsse der Türkis-Grünen Bundesregierung, Spalten zu verbieten, bleiben die Bauern auf den höheren Produktionskosten sitzen. Ein solches Tierschutzgesetz kann nur im Einklang mit allen anderen EU-Ländern in Kraft treten! Sonst werden viele Betriebe aufgeben müssen, und damit wird der Kunstfleischproduktion Tür und Tor geöffnet.

## Köstinger ging – Totschnig kam

Die Erwartungshaltung nach Besserung der Agrarpolitik mit dem neuen Agrarminister Totschnig ist sehr endendwollend! Elisabeth Köstinger räumt im Mai 2022 nun doch den Sessel als Agrarministerin. Das Ergebnis Ihrer Arbeit für die Bauern ist – die Einkommen betreffend - eher unterirdisch. Es gab viel Showpolitik mit wenig Inhalten bzw. konstruktiv Ernstern. Nachfolger Norbert Totschnig ist bisher nur einmal aufgefallen, als er mit BB-Präsident Georg Strasser beim „Fortschrittlichen Landwirt“ massiv intervenierte, als der UBV dort eine Beilage gegen Entgelt im Landwirt brachte. Dafür gab es dann ein BB Interview über 4 Seiten. Zum Amtsantritt von Totschnig verweigerte er ein Interview mit Krone-Lady Maggy Entenfeller. Zur Situation der Bauern meinte Totschnig, er wolle sich einmal einen Überblick verschaffen. Wenn ein Minister, der als vormaliger Bauernbunddirektor 5 Jahre wirkte nicht weiß, wie schlecht es den Bauern geht, dann passt dies zu den Aussagen von Strasser und Köstinger, die bei schwierigen Fragen immer betonten: „Man beobachte die Situation genau“. Beobachtet wird auch, was bei der Untersuchung der Staatsanwaltschaft beim Bauernbund bzw. im Agrarministerium rauskommt. Es geht um Interventionen seitens Totschnigs für Inserate des Agrar-Ministeriums in der BB-Bauernzeitung.

## Josef Moosbrugger – weitere 4 Jahre im Amt



*Der wiedergewählte Präsident der LK Österreich Josef Moosbrugger kämpft für faire Rahmenbedingungen für die heimischen Bauern.*

Josef Moosbrugger wurde kürzlich einstimmig wieder zum Präsidenten der LK Österreich wieder gewählt. Moosbrugger bewirtschaftet mit seiner Familie einen Milchvieh-, Ackerbau- und Forstbetrieb in Vorarlberg. Nach seiner Wahl meinte er: „Mein Ziel sind echte win-win-Situationen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft. Auch Tierwohl und Bauernwohl müssen Hand in Hand gehen. Es gilt, einseitige Belastungen zu vermeiden und echte Nachhaltigkeit zu schaffen.“ Mit Moosbrugger steht weiter ein echter Bauer an der Spitze der gesetzlichen Bauernvertretung. Er ist der einzige, direkt von den Bauern gewählte Bauernvertreter. Moosbrugger hat zum UBV eine sehr gute Gesprächsbasis. Den UBV Vorschlägen zur Reform der EU-Agrarpolitik kann er einiges abgewinnen. Der UBV gratuliert auf diesem Weg herzlich und wünscht ihm bestes Gelingen für die Bauernanliegen.

## Stefan Lindner – neuer Obmann bei Berglandmilch



*Stefan Lindner (1.v.l.) beim UBV Stammtisch mit UBV Tirol LO Alfred Enthofer (1.v.r.) und Hans Unterkircher (2.v.r.).*

Der erfolgreiche Tiroler Bauer und Unternehmer Stefan Lindner ist neuer Obmann der Berglandmilch. Die Berglandmilch ist mit rund 1 Mrd. Umsatz die größte Molkerei in Österreich. Lindner - er ist auch Obmann der Tirol Milch - ist somit einer der wichtigsten Vertreter der Milch- und Rinderbauern. Der eloquente und unkonventionelle Tiroler sowie leidenschaftliche Rinderzüchter beweist bereits seit 2016 sein Geschick für die Rinderzucht. Seit damals ist er Obmann der ZAR – Zentrale Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Rinderzüchter. Die Funktionen bei der Tirol Milch und bei der ZAR wird er zeitnah an Nachfolger weitergeben. Stefan Lindner kommt aus Oberndorf in Tirol (zwischen Kitzbühel und Sankt Johann in Tirol). Am Schörgerer Hof betreibt er Milchwirtschaft und Rinderzucht, die Milch kommt zur Berglandmilch, ein Teil wird in der eigenen Hofkäserei verarbeitet. Der Familie Lindner gehört auch der Penzinghof, ein Wellnesshotel sowie ein eigenes Biomasse Heizwerk.

Ein besonderes Hobby von Stefan Lindner ist der Skisport, er ist beim Skiclub Kitzbühel der Pistenchef für den Ganslernhang, wo bei den Kitzbühel Rennen der Slalom stattfindet.

Der UBV gratuliert Lindner herzlich und wünscht ihm in der neuen Funktion viel Erfolg.

## Politischer Druck und Unwahrheiten

Ein Video der Handelskette Hofer - inzwischen offline gestellt - machte mit unwahren Behauptungen antibäuerliche Stimmung in der Tierwohl-Debatte. Das beschlossene Tierwohl-Paket wurde dann von allen Tierschutzorganisationen überschwänglich gefeiert, verwundert darf man aber sein, dass alle bäuerlichen Berufsvertreter - außer UBV - den Regierungskompromiss ebenfalls in hohen Tönen lobten. Denn das Paket hat für die Tierhalter in den kommenden Jahren enorme Kostensteigerungen zur Folge. Nutznießer des Imagegewinns ist überwiegend der Handel, der Konsument hat ein gutes Gewissen, der Bauer die Kosten.

## Vollspaltenboden Verbot bei Schweinehaltung: Was für uns gilt, muss für alle Importwaren gelten!

Das Ende Juni 2022 beschlossene Verbot der Vollspaltenböden in der Schweinehaltung ist der letzte Akt einer Unzahl an Verboten für die Bauern. Es gibt dazu das Verbot der Anbindehaltung bei den Rindern, ein geplantes Verbot der Einzelkälberhaltung nach der Abkalbung, ein teilweises Verbot der Verwendung von Pflanzenschutzmittel, ein Verbot der Beizung von Saatgut, ein teilweises Verbot der Nutzung von Forstflächen mit der neuen EU-Waldstrategien. Verbote, Verbote, Verbote.



Der Wahnsinn an Auflagen, angeordnet von der Politik gegenüber unseren Bauern, nimmt kein Ende! Geht das so weiter, wird es in wenigen Jahren keine Schweinebauern und Milchbauern mehr geben. Der verbleibende Rest wird dann nur mehr rein für den Tourismus Bauer spielen dürfen.

### Verbesserung in der Tierhaltung ist immer gut

Vorweg: Das Verbot der Vollspaltenböden bei der Schweinehaltung ist in Ordnung! Wie ein Verbot der Käfighaltung in der Hendlhaltung bzw. alle Bemühungen, Rinder so frei wie möglich zu halten. Das mag der eine oder andere Tierhalter nicht verstehen,

es führt daran kein Weg vorbei. Tiere sind nicht ausschließlich Ware, sondern auch Lebewesen. Als Teil unserer Ernährungskette sind sie wichtig, der richtige Umgang ist aber ein absolutes MUSS.

### Verbote für Bauern = Trojanische Pferde der (Agrar-) Politik

Absolut unerträglich ist die Verlogenheit um diese Fragen. Man kommt sich als Bauer bei uns immer öfter vor wie die Trojaner in der griechischen Mythologie, wo mittels eines hölzernen Pferdes Troja vernichtet wurde. Am Beispiel Tierhaltung oder den Einsatz von Pflanzenschutz kommen die „trojanischen Pferde“ über die Hinter-

tür beim Stall bzw. auf den Acker – transportiert von der Politik – aufmunitioniert von zahlreichen NGOs. Das heißt für die Bauern: Die trojanischen Pferde stellt die EU-Agrarpolitik und teilweise die eigene Vertretung in die Höfe. Die Bauern dürfen sich nicht wundern, wenn sie von ihren Höfen gehen müssen.

### In Österreich verboten – beim Import kein Problem?

Wenn man in Österreich den Schweinebauern die Vollspaltenböden verbietet oder den Ackerbauern die Verwendung von Pflanzenschutz bzw. die Rinderbauern ihre Rinder nicht mehr anbinden dürfen, dann muss dies für alle Erzeugnisse gelten, die wir im Regal des Lebensmittelhandels (LEH) in Österreich vorfinden. Die verschiedenen Verbote für die Erzeugung von Lebensmitteln bei uns bedeutet für unsere Bauern eine nicht akzeptable dramatische Wettbewerbsverzerrung. Es muss jedes Produkt im Regal des LEH die gleichen Vorgaben haben. Eine Kennzeichnung über Herkunft oder Haltungsform ist eine reine Ablenkung und verzerrt weiter den Wettbewerb.

Wer unseren Bauern alles per Gesetz untersagt und schweigend zusieht, wie Produkte aus aller Herren Länder ohne Kontrolle und unsere Auflagen bei der Produktion hier im Regal des Lebensmittelhandels stehen, der will unsere Bauern und eine regionale Lebensmittelversorgung nicht.

# Schweinehalter sind der Prellbock für ein komplettes Politikversagen

Derzeit vergeht kaum ein Tag, an dem die heimischen Schweinebauern als „Watschenbaum“ schlechthin für die Tierhaltung in Österreich erhalten müssen - weil die Politik versagt.

Die Tierhaltung ist ein ausgesprochen sensibler Bereich. Das wissen alle Bauern, die Tiere halten. Wer derzeit aber alles vorschreiben will, wie Tierhaltung zu gestalten sei, das ist dann doch schon sehr abenteuerlich! Die eine oder andere Kritik ist durchaus gerechtfertigt und es gibt überall Möglichkeiten, etwas zu verbessern. Dies gilt besonders für die intensive Tierhaltung. Auf jeden Fall muss klargestellt werden, dass die Bauern die Bemühungen um mehr Tierwohl größtenteils mittragen – auch wenn Medien und diverse NGOs dies mitunter komplett anders kommunizieren.

## Faire Spielregeln = bestes Tierwohl

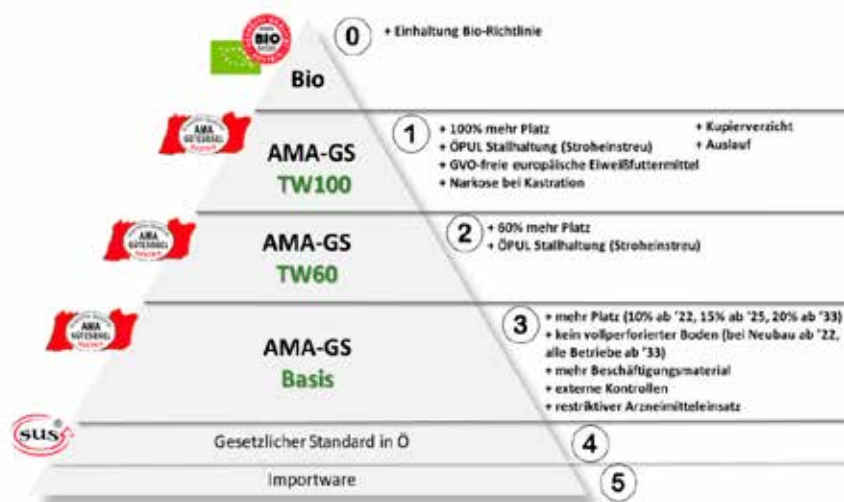
Das Grundproblem haben wir im Lebensmittelregal. Dort stehen unsere Erzeugnisse mit höchsten Auflagen im Wettbewerb bzw. in Konkurrenz zu den importierten Produkten. Würde man nur mehr Produkte mit den gleichen Vorgaben in der Produktion im Regal des LEH zulassen, dann wäre das Problem Tierwohl sofort vom Tisch. Ansonsten werden die Schweinebauern in wenigen Jahren Geschichte sein, weil sie ökonomisch zugrunde gerichtet werden.

## Versagen der Agrarpolitik

Die Schweinehalter bzw. generell die Tierhalter wie auch jene im Pflanzenbau sind deshalb die „Watschenbäume“ bei den harten Diskussionen um die Art der Erzeugung von Lebensmitteln, weil die Agrarpolitik hier komplett versagt. Man hat keinen Mut, die Notwendigkeiten auszusprechen, die es ökonomisch braucht, damit - im konkreten Fall die Schweinebauern - eine echte Perspektive haben.

## AMA Gütesiegel neu

**styriabrid** GmbH  
Die Vorteilsgemeinschaft



STYRIABRID GMBH, Schulstraße 14, 8423 St. Veit/V. Tel.: 03453/40600, Fax: 03453/40600-99, E-Mail: office@styriabrid.at, Internet: www.styriabrid.at

Es fehlt an Mut und offenem Denken. Man beobachtet nur und schläft!

Wenn dann Bauern selbst initiativ sind, dann versagen oder verschlafen die Bauernvertreter das Gesetz des Handelns und Tuns. Ein gutes Beispiel ist das Tierwohl am Beispiel Schweine. Die Schweinebauern und deren Organisationen haben eine Tierwohl-Pyramide entwickelt, wo am und mit dem AMA Gütesiegel ein gangbarer Weg für Tiere, Bauern und Konsumenten zur Frage Tierwohl bei der Schweinehaltung aufgezeigt wird.

## Dauertiefschlaf & Eitelkeiten als Programm

Doch anstatt dies sofort umzusetzen, erfolgt ein politisches Ping-Pong Spiel zwischen Agrar- und Gesundheitsministerium. Und in der AMA Marketing,

die eigentlich einen zentralen Auftrag für die Interessen der Erzeugnisse unserer Bauern hätte, scheitert – so hört man es – vieles an den Eitelkeiten der leitenden Angestellten.

Die Schweinebauern bringen im Jahr rund 3,5 Mio. Euro an Marketingbeiträgen auf, es gibt aber praktisch keine erkennbare Leistung dafür. Jedenfalls findet das Schweinefleisch bei der AMA Werbung in der öffentlichen Wahrnehmung nicht statt. Wo versiegen die Marketingbeiträge in der AMA Marketing zum Thema Schweinefleisch?! Es wird nicht ausreichen, nur den Kopf der AMA Marketing zu tauschen! Es wird auch schon so sein müssen, dass bei der Fleischvermarktung nicht die NGOs die Vorgaben bei der AMA machen! Für die AMA Marketing-Beiträge muss es eine echte Gegenleistung geben!

## Güllefachtag am Betrieb Sepp Handl



Bei schönstem Frühsommerwetter fand am 21. Mai 2022 der Fachtag zur Güllewirtschaft statt. Der Vormittag war geprägt von hörenswerten und gut besuchten Fachvorträgen.

DI Springer referierte über die NEC Richtlinie aus 2018 der EU, die den EU-Ländern nationale Reduktionen im Bereich der Luftreinhaltung vorschreibt, wie z.B. bei Feinstaub, Methan oder eben auch Ammoniakstickstoff, der vor allem in der intensiven Landwirtschaft entsteht. Hier entsteht akuter Handlungsbedarf!

Der Vortragende erklärte sehr verständlich den hohen Düngerwert von Gülle hinsichtlich der Nährstoffe und Spurenelemente. Er wies auch auf die Gefahren hin, die aus den sich oft bildenden Gasen entstehen. Relevant für die NEC-Richtlinie ist besonders der Ammoniakstickstoff aus der Eiweißverdauung der Tiere, der in der Gülle zunächst in flüssiger Form vorliegt. Besonders durch Wärmeeinfluss wandelt er sich in die gasförmige Form und entweicht dann in die Luft. Laut Fachmeinung ge-

schieht dies am intensivsten unmittelbar nach dem Ausbringen auf das Feld. In der anschließenden Diskussion zeigten sich zwei Lösungsansätze, um dies zu reduzieren oder möglichst zu vermeiden: Einerseits eine neue, sehr bodennahe Ausbringung der Gülle, z.B. durch das Schleppschlauchsystem (als Gegenstück zum Prallteller), oder aber andererseits eine Reihe von teils schon länger bekannten Möglichkeiten der Güllebehandlungen wie Gesteinsmehle, effektive Mikroorganismen und andere spannende Ideen, die viel geringere technische und energetische Kosten verursachen.

Im Vortrag von Julia Pfügl (BBK Scheibbs) ging es um die Separierung von Gülle, das heißt mittels einer Maschine werden unverdaute Rohfaserteile aus der Gülle herausgefiltert. Die Gülle wird dadurch flüssiger, und die angetrockneten Fasern können z.B. auch als Liegeboxeneinstreu verwendet werden.

Den Abschluss der Vorträge bildete Florian Moser vom Maschinenring Melk, der gekonnt die vielen Möglich-

keiten der digitalen Hilfen zur effizienten Bodenbearbeitung und Düngung erklärte.

Am Nachmittag konnte man dann den praktischen Einsatz neuester Technik wie Güllefässer, Separator und anderer Technik erleben.

Hausherr Sepp Handl ging persönlich von Aussteller zu Aussteller, und alle konnten ausführlich über ihre Produkte, ihre Forschungen und die gesammelten Erfahrungen berichten.

Lobenswert war eine perfekt eingestellte Tonanlage, durch die die Besucher in allen Bereichen des Hofes und der Freiflächen aktuelle und verständliche Information erhalten konnten, ebenso die freundliche Bedienung bei Speis und Trank durch die fleißigen Helfer der UBV-Bauern.

Anwesend waren auch der Obmann der BBK Scheibbs Mag. Franz Rafetzeder, der Obmann des UBV NÖ, Herbert Hochwallner und LKR Hubert Buchinger.

*Gottfried Leitner*



## Neuwahl: Obmann Hochwallner bestätigt

Am Sonntag, den 10. April (Palmsonntag) fand, verspätet durch die Corona-Maßnahmen, die Generalversammlung 2021 des UBV-Landesverbandes Niederösterreich, Wien und Burgenland statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Vorstandes. Dabei wurde Obmann Herbert Hochwallner mit nur 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen wiedergewählt. Den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Fritz Gillinger und Josef Leichtfried drückte er in seiner Verabschiedung seinen Dank aus. In seiner Programmerkklärung gab der wiedergewählte Obmann das Ziel aus, in den nächsten 1,5 Jahren den UBV in allen Bezirken strukturell zu verankern.

Unter den Ehrengästen befanden sich Bundesobmann Stellvertreter Johann Herbst, Bundesobmann des UBV Karl Keplinger und LKR Josef Handl. Von den Bezirkskammerräten war der Bezirk Melk vollständig und die Bezirke Scheibbs, Lilienfeld, Waidhofen/Ybbs, Amstetten und Zwettl fast vollständig anwesend.

### Bundesobmann unterstreicht aktuelle Forderungen

Gastreferent Bundesobmann Karl Keplinger stellte fest, dass die Aussagen von Ex-Bundeskanzler Kurz keine Gültigkeit mehr hätten. Gemeint war der Ausgleich der niedrigeren Ausgleichszahlungen durch die GAP durch den Bund.

Keplinger nannte auch die aktuellen Forderungen des UBV Österreich:

- Besteuerung von Kerosin und Schweröl
- Inflationsausgleich für landwirtschaftliche Rohprodukte und Ausgleichszahlungen
- Information und Möglichkeit der Stellungnahme durch LK-Funktionäre bei Gesetzesänderungen, die die Landwirtschaft betreffen
- Senkung der Kontrollen auf EU-Recht (2 % anstatt 5 % der Betriebe).



Die Mitglieder des Vorstands: Josef Luger, Bezirk Scheibbs, Organisation; Leopold Sonnleitner, Amstetten, Organisation; Franz Hofleitner, Wiener Neustadt/Industrieviertel, 2. Obmann Stelv.; Wilhelm Schuster, Gmünd; Johann Hölzl, Amstetten, Organisation; Christine Handler, Neunkirchen, Laienrichterin; Thomas Erba, Scheibbs, Pressereferent; Heinrich Kornfeld, Wiener Neustadt, Laienrichterin; Herbert Hochwallner, Amstetten/Mostviertel; Obmann; Sonja Schönbichler, Melk, Bäuerinnen und Jugend; Johann Schratlbauer, Waidhofen/Ybbs, UBV-Gewand; Josef Handl, Scheibbs/Mostviertel, 2. Obmann Stelv.; Johannes Wetter, Baden, 1. Obmann Stelv.; Bernhard Weninger, Neunkirchen, Organisation; Karl Kummer, Melk, Kassier; Gottfried Leitner, Melk, Schriftführer

Was die aktuelle Politik betrifft, betonte Keplinger den großen Erfolg des UBV bei den letzten LK-Wahlen. Er bemängelte, dass es kein Entlastungspaket für uns Bauern gibt und die Bauern in der nächsten GAP-Periode für weniger Geld mehr leisten müssen. Am Ende betonte er, dass der UBV ist die einzige bäuerliche Interessensvertretung sei, die die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft in ihren Statuten festgeschrieben habe.

### Tierwohliniitiven der Handelsketten gefährden Bauerndörfer

Seit einigen Wochen ist ein Werbespot einer österreichischen Handelskette, die in Händen eines deutschen Mutterkonzerns ist, in den Medien zu verfolgen. Darin wird darauf hingewiesen, dass ab Oktober nur mehr Tierwohlfleisch verkauft wird, obwohl Österreich weltweit eines der strengsten Tierschutzgesetze hat. Wir haben uns die Spots auf der Internetseite der Handelskette angesehen und festgestellt, dass durch diese Initiative vor allem Bauern am Rande von und in Bauerndörfern unter Zugzwang geraten. In Dörfern ist es oft nicht möglich, Auslaufmöglichkeiten zu schaffen. Das liegt vor allem am verfügbaren Platz

und auch in der Geruchsbelästigung der angrenzenden Nachbarn. Wenn die anderen Handelsketten auch auf diesen Zug aufspringen, dann sind nur im nördlichen Bezirk Scheibbs 5 Schweinehalter in Dörfern betroffen. Am Ende dieses Werbespots heißt es: „Das ist nur der Anfang“. Daher befürchten wir, dass die Tierwohliniative auch auf andere Tiergattungen ausgeweitet werden wird. Dann könnten z.B. nur im nördlichen Bezirk Scheibbs bis zu 40 Betriebe in 18 Dörfern von der Schließung bedroht sein. Die Flächenausstattung der betroffenen Betriebe beträgt zwischen 7 und 20 ha. Ganz zu schweigen von allen anderen Bauerndörfern in Niederösterreich und Österreich. Gerade die Handelsketten sorgen mit dem ständigen Neubau von neuen Konsumtempeln auf der grünen Wiese für eine starke Reduzierung der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche. Darum empfindet es der UBV Niederösterreich als eine Heuchelei der Handelsketten, wenn sie durch überzogene Tierhaltungsstandards den Flächenbedarf für die Tierhaltung ständig in die Höhe treiben. Der UBV NÖ fordert von der Politik ein sofortiges Eingreifen, um diese Auswüchse sofort zu stoppen.



### Wir müssen die Zügel wieder selbst in unsere Hände nehmen!

Die Entwicklungen seit dem EU-Beitritt zeigen ungeschminkt auf: Mit der gemeinsamen EU-Agrarpolitik GAP sind die Gestaltungsmöglichkeiten für eine echte Bauernpolitik abgegeben worden! Dafür schaffen heute NGOs an, die von Spenden und nicht von dem, was sie am Betrieb erwirtschaften, leben.

Das Ergebnis der GAP ist desaströs, der Bauernstand wird ruiniert, weil in der EU nur mehr Politik für Konzerne gemacht wird. Unsere Vertretung übt sich mit Beschwichtigen. Das ist so, wie wenn bei einem Hochwasser behauptet wird, es sei eh zu trocken!

Fakt ist: Die Bauern werden wirtschaftlich ruiniert. Uns fehlen bei den Erzeugerpreisen und bei den öffentlichen Geldern wegen dem fehlenden Inflationsausgleich rund 70 % - gemessen an 1994/1995. Gleichzeitig haben sich die Produktionskosten vervielfacht. Unsere Leistungen werden nicht bezahlt. Das gibt es bei keiner Berufsgruppe.

Der aktuelle, als Millionengeschenk verkaufte Teuerungsausgleich von 110 Millionen Euro bedeutet rund 850 Euro je Betrieb bei rund 130.000 Betriebe. Das ist ein Almosenbeitrag.

Wir brauchen daher nicht nur neue Wege in der Agrarpolitik, wie wir dies bereits seit 2017/18 mit konkreten Vorschlägen einfordern. Wir brauchen auch eine Neuausrichtung der Bauernvertretung. Wenn ein Minister, der in der angeblich so wichtigen Bauernbund-Organisation 5 Jahre als Direktor wirkte, sich erst einen Überblick über die Situation der Bauern verschaffen muss, beweist – wir brauchen eine komplett neue Bauernvertretung.

*Johann Ilsinger (Obmann) und Johann Herbst (Obmann Stellvertreter)*



Die aktuellen Teuerungen, insbesondere bei der Energie, die jede Sparte in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion treffen, bringen die Bauern an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

*LKR Josef Gottlieb Wallner fordert sofort wieder einen echten Agrardiesel*

Das garantiert nicht die Versorgung der Bürger mit heimischen Lebensmitteln. Wenn es eine heimische Lebensmittelsicherheit geben soll, dann müssen finanziellen Beiträge durch den Staat geleistet werden, damit die Bauern ökonomisch überleben. Die aktuelle Situation bedeutet, dass viele Land- und Forstwirte ihre Höfe zusperren werden!

Die zuletzt versprochenen 110 Mio. Euro können nur ein erster Schritt der Unterstützung für die Bauern sein. Aus der Sicht des UBV sind daher folgende sofortigen, unmittelbaren Maßnahmen für eine effektive Stärkung wie Stützung und Unterstützung der Bauern durch die österreichische Bundesregierung, das österreichische Landwirtschaftsministerium und die Landesregierungen unbedingt erforderlich:

#### Soforthilfsmaßnahme 1 – Teuerungsausgleich – Übernahme der SV Beiträge

Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für das Jahr 2022 als erste staatliche Maßnahme zu den Teuerungen bei Energie und damit in der Folge bei vielen Produktionsmitteln für die Land- und Forstwirte.

#### Sofortmaßnahme 2 – Teuerungsausgleich – Einführung eines echten Agrardiesels

Sofortige Umsetzung und Einführung eines Agrardiesels mit Agrardiesel Preis zumindest nach dem Modell von Südtirol. Konkret verlangen wir einen steuerbefreiten Agrardiesel. Bei einem aktuellen Dieselpreis an der Zapfsäule von z.B. 2,20 Euro sieht das in der Praxis dann wie folgt aus:

**1 Liter Diesel – Normalpreis kosten derzeit rund 2,20 Euro** (inklusive 40 Cent Mineralölsteuer & UST)

**1 Liter Agrardiesel ohne UST und**

## Bauernstammtische: Beim Reden

Der UBV Steiermark führt regelmäßig Bauerstammtische in den Regionen durch. Das Ziel ist es, mit den Bauern die aktuellen Entwicklungen zu diskutieren und gemeinsam nachzudenken, welche Schritte wie gesetzt werden müssen, damit es Perspektiven gibt. Unter der Federführung von LKR Johann Herbst finden so derzeit in den südlichen,

östlichen und südwestlichen Regionen der Steiermark diese Bauerstammtische statt.

Aus der Sicht des UBV führt kein Weg an einer Korrektur der EU-Agrarpolitik vorbei. Die in Brüssel erdachten Maßnahmen, Vorgaben und Gesetze sind absolut bauernfeindlich. Daher ist die EU-Agrarpolitik in der aktuellen

# Unfähigkeit gegen die Teuerung

**Mineralölsteuer kosten dann 1,43 Euro** (2,20 – 20% UST = 1,83 minus 40 Cent Mineralölsteuer = 1,43 Euro) Dazu ist der Agrardiesel einzufärben (das gab es früher schon einmal), damit ist der Missbrauch auch sofort gestoppt.

## Soforthilfsmaßnahme 3 – Teuerungsausgleich – sofortige Abgeltung der Inflation

Sofortiger nationaler Ausgleich der Inflation. Seit 1995 – mit Beginn des EU- Beitritts müssen die Land- und Forstwirte eine Inflation von bisher rund 70 % hinnehmen. Umgelegt auf die Ausgleichszahlungen müssten wir heute für eine Maßnahme, wofür es 1995 1.000 Euro gab - inflationsangepasst nun zumindest 1.700 Euro bekommen. Keine Abgeltung der Inflation bedeutet für uns Bauern einen Kaufkraftverlust von bis zu 90 %! In einem Ersten Schritt fordern wir daher als Soforthilfsmaßnahme 3 die Abgeltung der Inflation zu 2020 bis 2022 für die öffentlichen Gelder und für die Erzeugerpreise. Keine Abgeltung der Inflation ist eine, politisch gemachte, nicht akzeptable Wettbewerbsverzerrung. Was bei der Sozialversicherung gilt, nämlich eine indexgebundene Steigerung, fordern und brauchen wir auch bei allen Zahlungen und bei den Erzeugerpreisen für uns.

## UBV fordert Sofortmaßnahmen

- 1) Teuerungswelle** - sofortige Entlastungsschritte gegen die Teuerung (siehe auch Seite 10)
  - a) Ausgleich der Inflation (seit EU-Beitritt 70 %) bei Erzeugerpreisen und öffentlichen Geldern
  - b) Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat für 2022
  - c) Einführung eines echten Agrardiesel Modells nach dem Vorbild Südtirols
- 2) Markt – Spielregeln**  
Den sofortigen Stopp des Imports von Lebensmitteln, die nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben wie wir
- 3) Markt – Spielregeln – Kontrolle LEH**  
Die sofortige Kontrolle des Lebensmittelhandels
- 4) Leistungsabgeltung – Gestaltung Kulturland**  
Die konkrete, leistungsgerechte Abgeltung aller erbrachter Leistungen der Bauern wie z.B. die bisher gratis erbrachte Leistung der Gestaltung von Kulturlandschaft
- 5) Leistungsabgeltung – CO<sub>2</sub> Speicherung und Sauerstoff Erzeugung**  
Die konkrete Abgeltung der bisher gratis erbrachten Leistung der Speicherung von CO<sub>2</sub> und der Erzeugung von Sauerstoff
- 6) Leistungsabgeltung – national, was nicht in der GAP ist**  
Die nationale Abgeltung aller erbrachten Leistungen durch die Land- und Forstwirte, die nicht über GAP Maßnahmen abgegolten werden, wie vor den Wahlen versprochen
- 7) Sanktionen gegen Russland**  
Einen sofortigen Stopp sowie Ausstieg aus allen Sanktionen gegenüber Russland. Österreich ist ein neutrales Land und hätte ohne die Unterzeichnung der immerwährenden Neutralität niemals nach dem 2. Weltkrieg jenen Status erhalten, der es ermöglichte, dass sich das Land so gut entwickeln konnte. Desgleichen lehnen wir einen Beitritt zur NATO ab.
- 8) Wasser für Landwirtschaft**  
Die Entwicklung und Umsetzung eines Wasserwirtschaftsplans, der für die heimische Land- und Forstwirtschaft konkret ein Wassernutzungsrecht im Gesetz festschreibt
- 9) Längerfristiger Lastenausgleich – nicht rückzahlbare Investitionsprämie**  
Eine nicht rückzahlbare Investitionsprämie als Verlustausgleich seit 2020 für die Schäden von COVID Maßnahmen sowie die Teuerungen am Beispiel Energie bzw. Sprit von 1.500 Euro je Monat und Arbeitskraft in der Landwirtschaft für ein Jahr.

## Wir kommen d´Leut z´sammen

Form komplett untauglich. „Aus der Sicht des UBV braucht es echte, faire Spielregeln für alle Güter an Lebensmitteln, aber auch am Beispiel Holz“, betont Johann Herbst. „Wer von uns Bauern einfordert, dass wir am Markt bestehen sollen, der muss uns auch die Rahmenbedingungen liefern, damit dies möglich ist. Das fordern wir konkret von der Politik ein“.

*LKR und UBV Steiermark wie Bundesobmann Stellvertreter Johann Herbst mit LKR Gerhard Mariacher, BKR Florian Taucher und BKR Thomas Schellnegger informieren bei Bauernstammtischen über das UBV Programm (www.ubv.at)*



## Bundesbäuerinnentage 2022

Am 25. und 26. April 2022 nahmen knapp 80 oberösterreichische Bäuerinnen, darunter auch zwei Vertreterinnen des Unabhängigen Bauerverbandes aus dem Bezirk Schärding, an den Bundesbäuerinnentagen in Vösendorf teil. Nachdem die gastgebenden Bäuerinnen das Bundesland Niederösterreich beim Abendempfang präsentierten, stand am zweiten Tag der Veranstaltung das 50-Jahr-Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Bäuerinnen im Vordergrund. Dabei überbrachten unter anderem Mitglieder der Bundesregierung, die damalige Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, Frauenministerin Susanne Raab und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, ihre Glückwünsche. In diesem Zusammenhang gab es auch einen Rückblick auf bisher erreichte Ziele der ARGE Bäuerinnen, die etwa 130.000 Frauen im ländlichen

Raum vertritt. Dazu zählten unter anderem die Durchsetzung der eigenen Bäuerinnenpension und das Karenzengeld für Bäuerinnen. Zukünftig wollen sich die Bäuerinnen vor allem für den weiteren Ausbau der Angebote der Kinderbetreuung auf dem Land verstärkt einsetzen. An oberster Stelle bei den Bundesbäuerinnentagen stand sich mit Berufskolleginnen aus ganz Österreich zu treffen und in Präsenz zu vernetzen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass gerade Bäuerinnen eine Schlüsselrolle in der Entwicklung des ländlichen Raumes innehaben, die sie auch aktiv wahrnehmen und sich daher noch mehr in Gremien engagieren sollen. Die Bäuerinnen wurden auch als Motor auf dem Land bezeichnet, die erheblich am Erfolg der landwirtschaftlichen Betriebe beteiligt sind.

*Diana Nöbauer*



*Anneliese Mauthner und Diana Nöbauer vertreten Oberösterreichs UBV-Bäuerinnen beim Bundesbäuerinnentag in Vösendorf.*

## Freileitungsbau: Mehr Geld bei Enteignung

Der Oberste Gerichtshof hat mit seiner Entscheidung vom 18.2.2021 in dem Enteignungsverfahren der 110 kV Leitungen Vorchdorf/Kirchdorf, Ried/Raab und der 380 kV Salzburgleitung massiv die Rechte der Enteigneten gestärkt. Der OGH hat dabei die Leitungsbetreiber verpflichtet, den Enteigneten für alle durch die Enteignung verursachten vermögensrechtlichen Nachteile schadlos zu halten. Auch wenn es sich bei den behandelten Fällen allesamt um Waldparzellen handelt, so ist das Urteil grundsätzlich für alle anderen Arten der Flächennutzung ebenso anzuwenden.

In der Praxis bedeutet dies: Alle Grundbesitzer, die den Options- bzw. Dienstbarkeitsvertrag der Netz Ober-

österreich GmbH nicht unterzeichnet haben und sich enteignen lassen, können mit einer 2-3 fach höheren Summe rechnen. Aber wie gesagt: Diese höhere Summe erhalten nur die Grundbesitzer, die die Enteignung und auch eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht gescheut haben.

Dieses Ergebnis kann das Gerichtsverfahren um den Freileitungsbau bzw. die Erdverkabelung wesentlich beeinflussen. Dieses Verfahren läuft noch, dennoch wurde schon mit dem Freileitungsbau begonnen. Sollte das Gericht das Verfahren kippen und sich für die Erdverkabelung aussprechen, darf die Energie AG zur Demontage der Leitungen schreiten und den ursprünglichen Zustand wieder herstellen.

Durch das Urteil zur Enteignung verschoben sich in der Kontroverse Freileitung contra Erdkabel die Gewichte zugunsten des Erdkabels, denn in der bisherigen Debatte wurden die Kosten für die Entschädigungen unzureichend berücksichtigt. Die neuen Entschädigungssätze verhelfen dem Erdkabel zu einer bedeutend besseren Position.

Heißer Tipp: Das Argument, wer nicht unterschreibt, erhält halt weniger Entschädigung, ist durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs entkräftet. Daher besser nicht unterschreiben und Enteignung abwarten. Dies gilt nicht nur bei Stromleitungen, sondern für alle Leitungsarten wie Wasser, Gas, Datenkabel usw.

## BIO – und die nicht genutzten Chancen

Der Biomarkt ist eines von vielen Beispielen, wie die Zeichen der Zeit nicht genutzt werden und wurden, weil das marktwirtschaftliche Denken fehlt. Die Bioausschusssitzung der Landwirtschaftskammer war für mich persönlich eine der interessantesten Ausschusssitzungen der letzten 5 Monate. Nach über 20 Jahren hatte ich wieder Kontakt und Information zur Biolandwirtschaft. Spannend war vor allem, wohin sich diese in den letzten zwei Dekaden entwickelt hat.

Als 1995 die Beratung und die Antragstellung zur Bioförderung durch die Landwirtschaftskammer erfolgte, wurde so manchem Bauer die Mitgliedschaft zum Verband „Ernte für des Leben“ nahegelegt. Dies war eine gute Idee, um den BIO-Bereich zu bündeln und Geschlossenheit zu haben. 1995 wurde bei der Kärntner Milch mit dem Sammeln von BIO Milch begonnen, täglich etwa 3000 Liter. Der damalige Billa Chef Karl Wlaschek hatte Interesse an einer Eigen-Biovermarktungsschiene und stellte für diese Projekt einen be-

achtlichen finanziellen Beitrag zur Verfügung. 1996 wurde BILLA an REWE verkauft, und das Biomilchprojekt von Billa wurde von Salzburger Milchbauern aufgegriffen. Kärnten versuchte sein Glück bei der Biomilchvermarktung mit der Eigenmarke „BIO plus“ über die Vertriebswege ADEG und SPAR. ADEG war damals noch nicht bei REWE.

Obwohl man versucht hatte, möglichst viele Biobauern zu einem Verband zusammen zu schließen, fehlte es an Professionalität. Man hätte Milchproduktion, Verarbeitung und bei entsprechender Marktbearbeitung von der Produktion bis zur Vermarktung alles in einer Hand gehabt. Biomilch Austria wäre ein guter Markenname gewesen. Gleichzeitig erkannten findige Marketingstrategen der Handelskonzerne den BIOMARKT. Mit ausgeklügelten Ideen und Strategien zur Umsetzung wurden die Eigenmarken erfunden. Obwohl man keine Milchproduktion und keine Milchverarbeitung in der Hand hatte, wurde die Situation mit geeigneter Ver-

packung, guter grafischer Darstellung und natürlich Werbung professionell genutzt. Heute beherrschen diese Handelskonzerne ohne eigene Milchproduktion und Verarbeitung den Markt und verfügen dadurch auch über entsprechende Marktmacht. Die eigentlichen Machthaber der Bioware, nämlich die Milchbauern, haben in dieser Marktsituation ein BIOKOMPETENZ-ZENTRUM errichtet. Dabei sah man die Zukunft in der Verwaltung. Die oben erwähnte Bioausschusssitzung zeigt: Bei den Organisationen der Bioverbände wird nur mehr über Richtlinien, Gesetzesvorgaben und somit über Bürokratie und Verwaltung diskutiert. Bei Marktgestaltung und Produktgestaltung ist man nicht mehr auf dem Spielfeld, dieses beherrschen ANDERE - warum ist das so? Das Wissen und das KÖNNEN, wie man am Markt besteht und vor allem wie man eine Marktposition aufbaut, dürfte nicht vorhanden sein. Und so geht es uns Bauern in vielen Bereichen.

*Heimo Urbas*

## Rechtswidrige Beschlüsse der VV?

Es ist guter Brauch und rechtlich vorgeschrieben, dass jegliche Art von Institution, Verein, Partei etc. in ihren finanziellen Aktivitäten regelmäßig geprüft wird – intern durch einen Kontrollausschuss oder Rechnungsprüfer, oder extern, zB Rechnungshof. So auch die Kammer in Tirol; hier prüfen die demokratisch legitimierten Mitglieder des Kontrollausschusses. Soweit ist alles ok, wenn diese Mitglieder ihren Aufgaben auch nachkommen können. Daran hapert es aber. So wurde von den Mitgliedern des Kontrollausschusses bemängelt, dass nicht in ausreichendem Maße Akteneinsicht genommen werden konnte. Die kurze Zeit der Sitzungen ist nun mal nicht ausreichend, um vollständig prüfen zu kön-

nen. So wäre es also nötig, dass die Mitglieder Unterlagen von der Finanzverwaltung zu Hause prüfen könnten, doch dies wird nach wie vor abgelehnt, diese seit Jahren praktizierte Vorgehensweise wurde am 24. Jänner neuerlich bestätigt. Einsicht in Unterlagen im online-banking ist ausgeschlossen. Das heißt, dass zur letzten Sitzung der VV der Prüfungsbericht nicht fertig gestellt werden konnte – trotzdem wurde der Rechnungsabschluss der Kammer ohne Empfehlung des Kontrollausschusses und ohne Aushändigung von Unterlagen an die VV von dieser quasi im Blindflug genehmigt, allerdings mit der Bitte, eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Landes zu veranlassen. Die mündlich vorgebrachten

Einwendungen von Alfred Enthofer zur Prüfung der Vorgehensweise und Aufhebung des Beschlusses an die Landwirtschaftskammer Tirol und das Land Tirol wurde von den anwesenden rechtskundigen Beamten des Landes Tirol sowie von der Landwirtschaftskammer Tirol ignoriert und führten zu keiner merklichen Reaktion in der Vollversammlung durch die Beamten, die die Aufsicht und die Dienstaufsicht über die Landwirtschaftskammer Tirol wahrnehmen.

Sowohl die Mitglieder der Grünen (Brigitte Amort, Vorsitzende) und des UBV (Landesobmann Alfred Enthofer) im Kontrollausschuss sehen darin verfassungsrechtliche Bedenken. Der Fall wird geprüft.

## Unsere Anträge



**Salzburg**  
**Vollversammlung am**  
**25. Mai 2022**

### Antrag 1:

#### Auszahlung von Mitteln für Ländliche Entwicklung an Gemeinden

Die GAP 2023 schreibt den Naturschutz und die Biodiversität alleiniger der Land- und Forstwirtschaft zu. Daher fordert der UBV Salzburg die LK Salzburg auf, sich dafür einzusetzen, dass die finanziellen Mittel für die Ländliche Entwicklung, die an Gemeinden und Städte ausbezahlt werden, an Naturschutzflächen und die naturnahe Bewirtschaftung von Böschungen, Parkplätzen, Kreisverkehren und dgl. gebunden werden.

*Dem Grünlandausschuss zugewiesen*

### Antrag 2:

#### Auftrag richtig zu informieren

Im Informationsblatt der LK Salzburg (Salzburger Bauer) werden häufig Falschinformationen verbreitet. Beispiel: GAP geht mit Ministerratsbeschluss in Zielgerade.

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, stets ehrliche und sachlich richtige Beiträge zu veröffentlichen.

*Dem Vorstand zugewiesen*

### Antrag 3:

#### Strategieplan für die Salzburger Landwirtschaft

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, einen Strategieplan für die Salzburger Landwirtschaft zu erstellen. Dieser soll in Richtung Energie-Unabhängigkeit, eigene Futtermittelversorgung und Zukunftssicherheit im Einklang mit Natur und Klimaschutz erstellt werden.

*Dem Vorstand zugewiesen*

### Antrag 4:

#### Hilfestellung Weide

Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg auf, rechtliche Rahmenbedingungen, die den Viehtrieb auf öffentlichen Straßen erleichtern, auszuarbeiten,

diese an die zuständigen Stellen zu übermitteln und sich für die Umsetzung einzusetzen.

*Dem Rechtsausschuss zugewiesen*

### Antrag 5:

#### Schutz alter Pflanzensorten nicht behindern

Einerseits ist es zu begrüßen, dass der Europäische Gerichtshof entschieden hat, dass bei der Genscherentechnik in der Pflanzenzucht das Vorsorgeprinzip anzuwenden ist. Andererseits soll der Anbau alter Pflanzensorten durch bürokratische Hürden drastisch eingeschränkt werden. Der Verein Arche Noah in Schiltern (NÖ) dürfte dann von 206 Raritäten, die derzeit zum Verkauf angeboten werden, nur noch sechs weitergeben.

Der UBV stellt daher den Antrag, die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer solle die EU-Kommission auffordern, der Verbreitung alter Pflanzensorten in der EU keine unnötigen bürokratischen Hürden entgegenzustellen.

*Dem Grünlandausschuss zugewiesen*

### Dringlicher Antrag 6:

#### Biodiversitätsstrategie

Dabei sollen bis 2050 70 % der Torfgebiete wieder hergestellt werden, wovon die Hälfte wiedervernässt wird.

Der UBV Salzburg stellt daher den dringlichen Antrag, der Präsident möge sich für den sofortigen Stopp dieser Versumpfungsstrategie einsetzen.

*Dringlichkeit angenommen, Antrag angenommen*

### Dringlicher Antrag 7:

#### Aussetzung Umbruchsverbot

Um den Landwirten mehr Flexibilität und Freiheit zu geben und damit zu einem höheren Eigenversorgungsgrad beizutragen (bei Gemüse zB derzeit nur 58 % Eigenversorgung), soll das Umbruchsverbot für Grünland ausgesetzt werden. Der UBV Salzburg fordert die LK Salzburg und den Präsi-

denten der LK Salzburg auf, sich dafür einzusetzen, dass das Umbruchsverbot für Grünland nicht in die nächste Förderperiode aufgenommen wird.

*Dringlichkeit aberkannt,*

*dem Grünlandausschuss zugewiesen*



**Steiermark**  
**300. Vollversammlung am**  
**25. März 2022**

### Antrag 1

#### Sofortige Abgeltung der Inflation

Umgelegt auf die Ausgleichszahlungen müssten wir heute für eine Maßnahme, wofür es 1995 rund 1.000 Euro gab, inflationsangepasst nun zumindest 1.600 Euro bekommen. Keine Abgeltung der Inflation bedeutet für uns Bauern einen Kaufkraftverlust von bis zu 90 %!

Keine Abgeltung der Inflation ist eine nicht akzeptable Wettbewerbsverzerrung. Was bei der Sozialversicherung gilt, nämlich eine indexgebundene Steigerung, fordern und brauchen wir auch bei allen Zahlungen wie bei den Erzeugerpreisen für uns.

### Antrag 2

#### UBV fordert faire Spielregeln

Wir fordern, dass nur Lebensmittel importiert werden dürfen, die unter gleichen Spielregeln wie hier erzeugt werden. Wir fordern auch ein Importverbot von Lebensmitteln, wofür Regenwald gerodet wurde. Schließlich fordern wir auch, dass der LEH bei Lebensmitteln maximal 100 % auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wäre auf einen Schlag das Dumping mit Billigimporten gegenüber unseren Produkten generell gestoppt.

### Antrag 3

#### Kontrolle beim Lebensmittelhandel

Wir fordern die echte Kontrolle aller im-

portierten Lebensmittel. AMA, AK und LK sollten die gehandelten Lebensmittel kontrollieren.

#### Antrag 4

##### UBV fordert eine echte Leistungsabgeltung

Eine GAP muss die Leistung der Bauern einer echten Bewertung unterziehen und dies muss dann auch bezahlt werden. Konkret: Was sind die Pflege und Gestaltung von 1 Hektar Kulturland wert? Das ist zu bewerten. Allfällige Auflagen seitens Brüssel oder von Wien sind gesondert zu bewerten und zu bezahlen.

#### Antrag 5

##### UBV fordert Abgeltung der CO<sub>2</sub> Speicherung und der Sauerstoff Erzeugung

Bauern bzw. Grundeigentümer, die Grund und Boden bewirtschaften, speichern als einzige Berufsgruppe jährlich bei der Produktion große Mengen an CO<sub>2</sub> in der Biomasse und erzeugen gleichzeitig Sauerstoff. Wir wollen eine Abgeltung dieser erbrachten Leistungen!

#### Antrag 6

##### UBV fordert eine nationale Abgeltung aller nicht in GAP enthaltener Leistungen

Der UBV fordert die Abgeltung aller von den Land- und Forstwirten erbrachten Leistungen aus den nationalen Geldtöpfen, die nicht über die Brüsseler Schiene bezahlt werden.

#### Antrag 7

##### Investitionsprämie und Verlustausgleich

Der UBV fordert bundesweit eine Investitionsprämie als Verlustausgleich für die Schäden von COVID Maßnahmen sowie den aktuellen Teuerungen am Beispiel Energie bzw. Sprit von 1.500 Euro je Monat und Arbeitskraft in der Landwirtschaft für ein Jahr. Österreichweit gibt es rund 400.000

Arbeitskräfte auf rund 150.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Diese Investitionsprämie gibt es beim Einkauf in den Regionen - bei österreichischen Firmen, das ergibt eine Investitionssumme von rund 7,2 Milliarden Euro. Man kann davon ausgehen, dass damit innerhalb von 3 Jahren insgesamt rund 15 Milliarden Euro investiert werden. Allein bei der Mehrwertsteuer gibt es dann einen unmittelbaren Rückfluss von rund 3 Milliarden in die Staatskasse.



#### Oberösterreich Vollversammlung am 23. Juni 2022

#### Antrag 1

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weniger auf, eine Tierwohl-Prämie einzuführen. Die Tierzahl ist an die Fläche gebunden, max. 2 GVE/ha; 100 Euro je GVE. Beispiel: Für einen Betrieb mit 20 ha und 40 GVE wären das 4000 Euro.

*UBV dafür;*

*BB, FP, Grüne dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 2

Die Vollversammlung der LWK OÖ beauftragt den Präsidenten der LWK OÖ und die Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weniger eine Entschädigung für die Wertminderung durch Erdleitungen sowie einen Haftungsausschluss durchzusetzen. Zum Beispiel: Glasfaserkabel.

*UBV und FP dafür;*

*BB und Grüne dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 3

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert den OÖ Landtag auf, zur Entbürokratisierung beim Photovoltaik-Aus-

bau Anlagen bis 1000 Kilowattpeak genehmigungsfrei nach dem Elektrizitätsrecht zu stellen.

*UBV, BB und FP dafür;*

*Grüne dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 4

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert den Landwirtschaftsminister auf, die Tierwohl-Investitionsprämie im Rinderbereich an die des Geflügel- und Schweinebereiches anzugleichen.

*UBV, FP und Grüne dafür;*

*BB dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 5

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert den Finanzminister auf, eine Anhebung der Ausgabenpauschale von derzeit 70 % bzw. 80 % auf mind. 85 % durchzuführen.

*UBV dafür;*

*BB, Grüne und FP dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 6

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Republik Österreich dazu auf, die Einzelhaltung von Kälbern und auch Kälberglug weiterhin zu erlauben und dem etwaigen Gesetzesentwurf, welcher diese verbieten würde, auf europäischer Ebene nicht zuzustimmen.

*UBV, BB und FP dafür;*

*Grüne dagegen;*

*SPÖ nicht anwesend*

#### Antrag 7

Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundesregierung auf, die Umsatzgrenze für voll- und teilpauschalierte Landwirte von derzeit 400.000 Euro auf 600.000 Euro zu erhöhen.

*Einstimmig angenommen*

## UBV Exkursion nach Polen

Lange geplant, wegen Corona mehrmals verschoben, am Ende aber doch noch gut gelungen: Die Exkursion nach Polen bot der UBV-Gemeinde eine willkommene Chance, sich aus erster Hand zu informieren, wie denn die Landwirtschaft in einem der größeren Agrarproduzenten in der EU abläuft. Große Teile des Landes waren lange Teil der Habsburgermonarchie, und so war diese Reise auch ein Eintauchen in die eigene Geschichte. Landwirtschaft, Kultur, Geschichte und auch ganz einfach Besichtigungen einiger Sehenswürdigkeiten auf Weltkultur-Niveau: Das machte die Reise für alle 22 Mitreisenden zu einem unvergesslichen Erlebnis.



Die nicht ganz vollzählige Reisegruppe, flankiert von UBV Stellv. KR Herbert Hochwallner (li) und UBV-Organisationsreferent KR ÖR Johann Großpözl (re). Links neben ihm die Inhaber des 15 ha großen Bio-Gemüsebetriebes, der am 3. Tag besichtigt wurde.



Krakau, das am 1. Tag besichtigt wurde, ist eine der wenigen polnischen Großstädte, die den Krieg nahezu unbeschadet überstanden. Sehenswert ist auf jeden Fall das Königsschloss auf dem Wawel (Burg) im Stil der Renaissance sowie die Kathedrale St. Stanislaus und Wenzel. Eines der Wahrzeichen Krakaus ist die Marienkirche (rechts), vom 13.-15. Jhdt. an der Stelle eines romanischen Vorbaus errichtet.





Landwirtschaftlicher Höhepunkt des 2. Tages war der Besuch des Viehzuchtzentrums in Nidek.



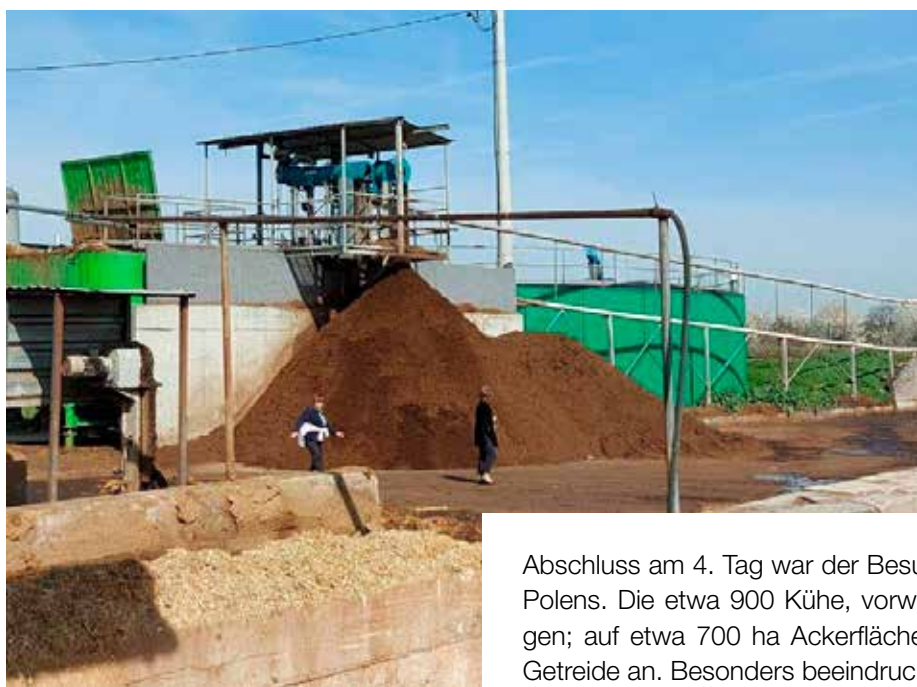
In den Salzminen Wieliczka wird seit der Mitte des 13. Jahrhunderts Steinsalz abgebaut. Seit dem 17. Jahrhundert wurden auch Pferde zum Fördern und Transport des Salzes eingesetzt. Die Abbautiefe reicht bis in 340 m. Aus den Einnahmen des Salzhandels, der während seiner Blüte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert ein Drittel der Staatseinnahmen erwirtschaftete, wurden unter anderem die Kosten für den Bau des Wawels, der Akademie und der Stadtbefestigungsanlagen in Krakau sowie der Heeresold bestritten. 1994 wurde das Salzbergwerk Denkmal der Geschichte der polnischen Nation und im Jahr 1989 in die Liste des gefährdeten Welterbes aufgenommen.



Besucher können auf einem geführten Rundgang Szenen aus dem Leben unter Tage miterleben – die dargestellten

Figuren sind aus Holz – oder Statuen und Szenen mit aus Salz gehauenen

Figuren bewundern. Unterirdische Kappen, aus dem Salz gehauen, und ein See komplettieren die Sehenswürdigkeiten.



Abschluss am 4. Tag war der Besuch eines der führenden Milchviehbetriebe Polens. Die etwa 900 Kühe, vorwiegend Holstein, erreichen Spitzenleistungen; auf etwa 700 ha Ackerfläche baut der Betrieb vorwiegend Raps und Getreide an. Besonders beeindruckend war die Gülleseparierung.

## Josef Mair mit Ökonomierat ausgezeichnet

Der erfolgreiche Rinderzüchter Josef Mair setzte sich bereits in den 1990er Jahren für die Landwirtschaft ein und war Bezirksobmann und Gründungsmitglied des ersten österreichischen Jungzüchterclubs. Von 1997 bis 2003 war er im Ausschuss des Fleckviehzuchtverbandes Inn- und Hausruckviertel. Seit 2003 ist er im Vorstand des Zuchtverbandes tätig und hatte 12 Jahre lang das Amt des Obmann-Stellvertreters inne. 2007 bis 2016 war er Vorstandsmitglied der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Rinderzüchter (ZAR). Bereits seit 1999 ist Ökonomierat Mair im Vorstand des Landesverbandes für Leistungsprüfung und Qualitätskontrolle und seit 2003 Obmann. 2014 war er an

der Gründung des Landeskontrollverbandes Austria beteiligt und bis 2022 auch Beiratsvorsitzender. Seit 2003 ist ÖR Mair Vorstandsmitglied des Milchprüfringes (seit 2019 Qualitätslabor Österreich).

ÖR Josef Mair ist Mitglied des UBV und seit der LK Wahl 2021 als Kammerat in der Landwirtschaftskammer vertreten. Hier ist er im Ausschuss für Tierhaltung und Milchwirtschaft vertreten.

Auch außerhalb der Landwirtschaft ist Josef Mair sehr engagiert. 1997 bis 2021 war er Gemeinderat der Gemeinde Waizenkirchen, seit 2016 ist er zudem Obmann einer Bürgerinitiative zur Förderung und zum Erhalt der Kulturlandschaft.



Die Landesgruppe OÖ des UBV gratuliert UBV KR Josef Mair zur höchsten Auszeichnung in der Landwirtschaft, hier Landwirtschaftsministerin aD Elisabeth Köstinger bei der Überreichung der Urkunde, rechts Hildegard Mair.

Foto: BMLRT

## UBV NÖ



### Abschied von Johann Tröstl

Nach einem arbeitsreichen Leben ist Johann Tröstl, Altbauer am „Pfefferhof“ in Türnitz, am 6. April 2022 im 78. Lebensjahr verstorben.

Er war ein außergewöhnlich kreativer, technisch versierter Bauer mit einer ganz besonderen Beziehung zum Wald und zur Waldarbeit. Für die Entwicklung eines Seilkranes zur bodenschonenden Holzbringung wurde Johann Tröstl anlässlich der Klagenfurter Holzmesse 1995 mit dem „Innovationspreis für Forsttechnik“ ausgezeichnet.

Neben seinem vielfältigen Wirken am „Pfefferhof“ engagierte er sich als aktiver Musikant bei der Trachtenkapelle Türnitz. Seine langjährigen Erfahrungen als politisch denkender Bauer hatten ihn zum Befürworter der Idee eines berufsständisch geeinten, parteiunabhängigen Bauernstandes werden lassen. Wie wertgeschätzt der „Pfefferhofer“ war, zeigte sich eindrucksvoll in der randvoll besetzten Kirche bei seinem Begräbnis.

*Wir vom UBV werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren!*



Du hast es überstanden,  
wir müssen bestehen.  
Du gingst den Weg,  
den jeder muss gehen.  
Das Schicksal rief dich,  
vorbei ist das Leid.  
Wir werden dir folgen  
zu unserer Zeit.

Anna Butzke

Mit vielen schönen und glücklichen Erinnerungen nehmen wir Abschied von unserem Mitglied

### Johann Gnant

der nach langer, schwerer Krankheit, aber nun doch unerwartet im 71. Lebensjahr von Gott in die Ewigkeit heimgeführt wurde.

*Wir vom UBV werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren!*

IHR SPEZIALIST FÜR TIERSEUCHENVERSICHERUNG

# Beflügelt?

BLICKEN SIE  
ZUVERSICHTLICH  
IN RICHTUNG ZUKUNFT  
WIR BEGLEITEN SIE



[epidemie@wbv.at](mailto:epidemie@wbv.at)  
[www.wbv.at](http://www.wbv.at)



# Die Kuh als Klimakiller?

„Der CO<sub>2</sub>- und Methanausstoß der Rinder schädigt das Klima massiv. Deshalb sollten wir den Rinderbestand reduzieren oder gleich vegan werden“ – solche Aussagen geistern durch die Medien. Eine Spezies, die seit Jahrtausenden auf der Erde lebt, ist für den Klimawandel verantwortlich? Oder wird hier vielmehr ein Sündenbock gesucht, um die eigentlichen Verursacher zu schonen und künstliche Rechenmodelle zu erfüllen? Green Deal und NEC-Richtlinie setzen die Bauern unter Zugzwang, die Emissionen zu reduzieren. Der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission hat erkannt,

dass der Green Deal ein Irrweg ist. Die NEC-Richtlinie wendet Industriestandards auf die Tierhaltung an – das widerspricht jeglichem Tierwohl und macht Außenklimaställe unmöglich. Würde man die Wiederkäuer weltweit eliminieren, soll dies die Erderwärmung mittelfristig nur um weniger als 0,1 Grad verringern. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei fossilen Energieträgern in Deutschland ist 25 mal höher als jener der Wiederkäuer. Die wahren Verursacher des Klimawandels sind NICHT wir Bauern und unsere Kühe.

ÖR Josef Mair

## Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Bauern sind Profis auf dem Feld und im Stall, für ihr Recht müssen die Rechtsexperten ran. Und da ist halt nicht jeder Profi, wenn es um landwirtschaftliche Spezialfälle geht. Doch woher soll der Bauer wissen, ob sein Rechtsbeistand wirklich topfit in der Materie ist? Wir vom UBV haben uns umgehört und echte Profis an der Hand. Wenn Sie also ein Rechtsproblem haben: Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte. Dazu eine Bitte: Rechtzeitig Kontakt aufnehmen, nicht erst wenn der Prozess schon fast verloren ist. Und noch ein heißer Tipp: Schließen Sie eine **Rechtsschutzversicherung** ab! Und überprüfen Sie Ihre Haftpflichtversicherung! Die Deckungssumme von 5 Mio. Euro ist empfehlenswert.

Weitere Infos unter [office@ubv.at](mailto:office@ubv.at) oder **0650 26 24 245**

## Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?

Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing, Sanierung bietet

## Finanzmanagement

Tel: +43 677-6120 1934

Kredite privat und gewerblich, ab 1 % p.a. variabel, abhängig von der Bonität

## Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, [office@ubv.at](mailto:office@ubv.at), [www.ubv.at](http://www.ubv.at)  
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg;  
Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, [office@ubv.at](mailto:office@ubv.at). Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, [hoenle@aon.at](mailto:hoenle@aon.at). Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.



# Auf das Papier gebracht.

Von unseren Druckern

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH  
Viktor-Franz-Straße 9  
A-8051 Graz  
T (0316) 68 52 55  
[rehadruck@rehadruck.at](mailto:rehadruck@rehadruck.at)  
[www.rehadruck.at](http://www.rehadruck.at)

 **RehaDruck**  
sozialfair

Österreichische Post AG  
MZ 02Z030371 M  
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Retouren bitte an:

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting